
Wilfried Kruse

Startchancen für alle Jugendlichen

Memorandum zur Ausbildungskrise vor*

Wilfried Kruse, Dr. Phil., geb. 1947, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Sozialforschungsstelle Dortmund, Landesinstitut, und verantwortlich für Europäische Projekte.

Die 20 Empfehlungen des „Forums Jugend, Bildung, Arbeit“ kommen reichlich unspektakulär daher. Das hat vor allem damit zu tun, daß sich das Forum nicht die Aufgabe gesetzt hatte, ein Konzept einer Gesamtreform des Systems der Berufsausbildung zu entwerfen, wenngleich sicherlich eine ganze Reihe seiner Mitglieder von der Notwendigkeit grundlegender Veränderungen überzeugt sind.

Es kam uns angesichts des gravierenden sozialen Problems der *Ausbildungslosigkeit von Jugendlichen*, dessen Ende nicht abzusehen ist, darauf an, Maßnahmen und Aktivitäten vorzuschlagen, die kurzfristig umsetzbar sind und ohne erheblichen zusätzlichen Kostenaufwand *tatsächlich die Lage der Jugendlichen verbessern*. Hierbei hat jede einzelne der vorgeschlagenen Maßnahmen sicherlich unterschiedlich weitreichende Effekte; von der Umsetzung der Gesamtheit der Empfehlungen des Forums würde allerdings ein erheblicher Beitrag zur Lösung der aktuellen Probleme der Ausbildungslosigkeit zu erwarten sein.

Angeregt von Ingo Richter, dem Leiter des Deutschen Jugendinstituts, Andreas Flitner von der Akademie für Bildungsreform in Jena und der Freudenberg-Stiftung, Weinheim, schlossen sich 32 unabhängige Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Verwaltung und sozialer Praxis vor etwa einem Jahr zu einem überparteilichen Forum „Jugend-Bildung-Arbeit“ zusammen. Erarbeitet wurde ein Memorandum, das eben diese zwanzig konkreten Empfehlungen zur Überwindung der Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit junger Menschen enthält. Das Forum tagte im Verlaufe des Jahres 1997/98 siebenmal - jeder dieser Sitzungen diente dazu, die ursprünglichen Überlegungen weiter zu konkretisieren und zu einem Memorandum-Text zu entwickeln, der an Politiker und Akteure im Feld der Berufsausbildung adressiert sein sollte¹. Qualifiziert wurde die Arbeit des Forums durch Experten-Anhörungen zur Finanzierungsproblematik und zur europäischen „Reputation“ des deutschen „Dualen Systems“ sowie durch Expertisen, die für das Forum angefertigt wurden. Es versteht sich von selbst, daß ein solcher Kreis von 32 Persönlichkeiten mit unterschiedlichen Hintergründen (Politik, Ver-

* Alle Mitglieder des „Forums“ beteiligen sich an der Verbreitung der Ergebnisse. Die Auswahl der Ergebnisse und die jeweiligen Zuspitzungen verantwortet natürlich der einzelne Autor.

1 Das Memorandum wurde am 26. Juni 1998 Herrn Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog in Berlin überreicht.

bände, Unternehmen, Wissenschaft...) und durchaus divergierenden politischen Orientierungen² eine gewisse Zeit brauchte, um sich „zusammenzuraufen“. Manche Themen wurden auch ausgespart (etwa die Frage der „Ausbildungsumlage“), weil von vornherein klar war, daß man sich in diesem Kreis über eine solche Forderung nicht würde einigen können. Dennoch muß rückblickend festgestellt werden, daß die gemeinsame Sorge um die berufliche Zukunft der Jugendlichen dieser Generation wenig Platz ließ für unproduktive Polemiken und schnell sichtbar wurde, daß es einen von allen getragenen Willen gab, konkrete Vorschläge zur Verbesserung der aktuellen Situation zu machen.

Grundorientierungen

Der *integrative Ansatz* des Memorandums wird deutlich, wenn man die den Empfehlungen vorgestellten generellen Orientierungen der Memorandum-Gruppe betrachtet, gewissermaßen die Präambel des Textes. Dieser beginnt so: „Jugendprobleme sind Schlüsselprobleme der Gesellschaft. Ausbildungs- und Chancenlosigkeit für junge Menschen darf es nicht geben und braucht es in einer entwickelten Gesellschaft nicht zu geben. Die öffentliche Verantwortung für die nachwachsende Generation hat Priorität.“

Die „Empfehlungen“ sind dementsprechend auch von der Überzeugung getragen, daß es in unserer Gesellschaft nicht „nötig“ ist, daß Jugendliche ohne eine zukunftsorientierte Ausbildung bleiben. Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden auch in ihrer Gesamtheit die gesellschaftlichen Kosten für Berufsausbildung nicht weiter in die Höhe treiben - das haben die Expertenbefragungen deutlich gezeigt. Vielmehr geht es um einen rationaleren Einsatz gesellschaftlicher Ressourcen: vernünftige, die durch die Empfehlungen umschriebenen Handlungsmöglichkeiten in kooperativer Weise nutzende Aktivitäten werden sich nach Überzeugung der Forum-Gruppe auch als die - gegenüber der aktuellen Situation der „Notprogramme“ – ressourcen-

2 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums waren: Peter Adena, Ehem. Leiter VHS Norden; Prof.Dr.Martin Baethge, Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI) Göttingen; Dieter Baumhoff, Zukunftsbau GmbH Berlin; Marianne Birthler, Bündnis 90/Die Grünen Berlin; Dr.Michael Corsten, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin; Dr.Hans Dietrich, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg; Prof.Dr.Andreas Flitner, Akademie für Bildungsreform Jena; Hermann Freudenberg, Freudenberg Stiftung Weinheim; Dr.Klaus Hug, Rechtsanwalt Bern/Schweiz; Dr.Heike Kahl, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung Berlin; Prof.Dr.Gerhard Kleinhenz, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg; Dr.Peter-Werner Kloas, Bundesinstitut für Berufsbildung Berlin; Dr.Wilfried Kruse, Sozialforschungsstelle Landesinstitut Dortmund; Dr.Tilly Lex., Deutsches Jugendinstitut München; Prof.Dr.Karl Ulrich Mayer, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin; Prof.Dr.Peter Meyer-Dohm, Cremlingen (ehem. Volkswagen AG); Elisabeth Müller-Neumann, Kommunale Beschäftigungsförderung Manheim; Christian Petry, Freudenberg Stiftung Weinheim; Prof.Dr.Robert Picht, Europa Kolleg Brügge/Belgien; Prof.Harald Richter, Technische Hochschule Aachen (ehem. Bayer AG); Prof.Dr.Ingo Richter, Deutsches Jugendinstitut München; Dr.Sabine Sardei-Biermann, Deutsches Jugendinstitut München; Karen Schober, Bundesanstalt für Arbeit Nürnberg; Dr.Eckart Schwerin, Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs Schwerin; Olaf Sund., Lachendorf (Staatssekretär a.D Brandenburg); Wolfgang Tiefensee, Oberbürgermeister Leipzig; Dr.Gitta Trauernicht, Senatskanzlei Hamburg; Carola von Braun, Senatsverwaltung für Arbeit Berlin; Stefanie Wahl, Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn; Dr.Chrisoph Walter, Robert Bosch Stiftung Stuttgart; Prof.Dr.Günter Weber, Institut f. Berufs-, Wirtschafts- und Technikpädagogik Universität Stuttgart; Dr.Dieter Wunder, Bad Nauheim (ehem.Vorsitzender GEW)

schonende Variante herausstellen. Aus der sich zuspitzenden gesellschaftlichen Problemlage heraus wird im Memorandum nicht der Weg eingeschlagen, eine Gesamtreform der Berufsbildung zu entwerfen - möge diese auch noch so wichtig sein. Es werden vielmehr zwanzig konkrete, sofort umsetzbare Vorschläge gemacht und begründet, die nach Überzeugung der beteiligten Personen die Ausbildungs- und Berufschancen von Jugendlichen hier und jetzt nachhaltig zu verbessern in der Lage sind.

Entscheidend für die Sichtweise der Mitglieder des Forums ist es, nicht nur die quantitativen Versorgungsengpässe bei den Ausbildungsplätzen in den Vordergrund zu stellen und nicht allein von den Betrieben Lösungen zu erwarten. Die inhaltliche und pädagogische *Qualität von Ausbildung*, damit auch ihre *Zukunftsfähigkeit*, muß ein zentrales Kriterium für alle Maßnahmen sein. Die persönlichen Entwicklungschancen von Jugendlichen müssen im Zentrum aller Bemühungen stehen.

Insgesamt ist die Grundorientierung des „Forums“ in fünf Punkten zusammenzufassen:

1. Es gibt ein Bürgerrecht auf Ausbildung - die Verwirklichung dieses Rechts für alle ist ein vorrangiges politisches Ziel.
2. Das „duale Prinzip“ in der Berufsausbildung - die gegenseitige Stützung von theoretischem Unterricht und Lernen in der Praxis - ist bewährt und weiterhin gültig. Das „duale System“ - Ausbildung in Schule und Betrieb - ist jedoch heute an vielen Stellen ergänzungs- und modernisierungsbedürftig.
3. Die festgefügtten Ausbildungsgänge mit ihren Abschlußprüfungen, die man besteht oder nicht, müssen ergänzungsfähig, flexibel und differenzierbar werden, z.B. durch Zusatzqualifikationen oder durch Zwischenzertifikate. Sowohl die im Lernen starken als auch die im Lernen schwachen Jugendlichen sollten bestmöglichst gefördert werden. Die Verschiedenheit der Begabungen und Ausbildungsschicksale, aber auch die Entstehung immer neuer Anforderungen, machen ein flexibleres System erforderlich.
4. Selbständigkeit und eigene Verantwortung für den Berufs- und Lebensweg werden immer wichtiger. In einem komplexen Ausbildungs- und Erwerbssystem entsteht Selbständigkeit weder durch Alleinlassen noch durch rigide Lenkung. Deswegen ist eine die Jugendlichen begleitende Beratung und Förderung der Selbständigkeit eine der wichtigsten Aufgaben des Bildungs- und Sozialsystems.
5. Alle Beschäftigungs- und Überbrückungsmaßnahmen für Jugendliche sollten Qualifizierungselemente enthalten, die auf eine aufbauende Qualifikation angerechnet werden können. „Warteschleifen“ und Überbrückungen ohne diese Qualität sollte es nicht mehr geben.“³

3 Hiermit reiht sich das Memorandum - freilich in der spezifischen Zuspitzung auf das „Machbare“- in eine Fülle von Gutachten und Konferenzen ein, die Vorschläge zur Reform des gegenwärtigen Systems der Beruflichen Bildung machen. Besonders sei in diesem Kontext hingewiesen auf das Kurzgutachten für die Hans-Böckler-Stiftung Kruse, Wilfried u.a., Qualität und Finanzierung der beruflichen Bildung in der Mitte der 90iger Jahre, Düsseldorf 1996, auf die Zusammenfassung der diversen, u.a. von verschiedenen Landesregierungen in Auftrag gegebenen Gutachten durch Kühnlein, Gertrud, Qualität und Quantität der Berufsausbildung. Brennpunkte der aktuellen Auseinandersetzung, Düsseldorf 1997 (Graue Reihe der Hans Böckler Stiftung), die Konferenz „Reformbedarf in der beruflichen Bildung“ der Landesregierung von Brandenburg am 19. und 20. Februar 1998 in Potsdam, den Gewerkschaftlichen Sachverständigenrat „Bildung“, der von der Hans-Böckler-Stiftung betreut wird, u.s.w. Diese vielfältigen Aktivitäten weisen auf den vorhandenen enormen „Reformstau“ in der beruflichen Bildung hin.

Die Strukturierung der Empfehlungen

Die Empfehlungen sind in zu fünf *Aktionsfeldern* strukturiert, die aus der Sicht des Forums in einem engen Zusammenhang miteinander stehen. Die folgenden kurzen Zusammenfassungen akzentuieren nur einige dieser Empfehlungen und ihre Begründungszusammenhänge. Zum genaueren Studium sei auf den Gesamttext verwiesen.⁴

Was muß sich ändern? Struktur und Qualität der Ausbildung

In diesem Abschnitt finden sich u.a. Empfehlungen zur Verbesserung der Durchlässigkeit im Berufsbildungssystem, zur Modernisierung von Ausbildungsgängen unter Qualitätsgesichtspunkten, und zu dem Erfordernis, daß bürgerschaftliches Engagement von Jugendlichen auch zu anerkannten Qualifikationen führen muß.

Bürgerschaftliches Engagement enthält qualifikatorische Elemente, auch wenn diese den Modulen einer beruflichen Ausbildung nicht immer entsprechen. Die Kompetenzen, die in dieser Arbeit erworben werden können, müssen erkannt, als qualifikatorische Elemente definiert und – perspektivisch - auch zertifiziert werden können. Im Zusammenhang mit der Modernisierung der Ausbildung spielt für das Forum das Konzept der *Modularisierung* eine erhebliche Rolle. Dabei soll Modularisierung keinesfalls zu minderqualifizierten Ausbildungsgängen führen oder nur bestimmten Personengruppen vorbehalten sein. Module bleiben immer Teil eines Gesamtausbildungsgangs und sind berufsabschlußorientiert. So verstandene Modularisierung dient der Flexibilisierung zwischen verschiedenen Ausbildungsträgern und der Anschlußfähigkeit von diversen Formen der Weiterbildung an zertifizierte berufliche Abschlüsse.

Was schafft Plätze? Quantität durch Qualität

In diesem Abschnitt geht es neben der betrieblichen Ausbildung um den Ausbau schulischer Ausbildungsgänge, um Ausbildungsverbünde und die Förderung von Praktika, woraus sich das Bild eines Mischsystems in der Berufsbildung ergibt, das in seiner Qualität und der internen Kooperation wesentlich verbessert werden muß.

Hinsichtlich der möglichen Ausweitung von Ausbildung im betrieblichen Sektor sieht das Forum - gestützt durch eine Sonderauswertung des

4 Der Text ist zu erhalten bei der Freudenberg Stiftung, Freudenbergstraße 2, 69469 Weinheim, Tel.: 06201-17498, Fax.: 06201-13262.

Betriebspanels des IAB⁵ - Möglichkeiten über den aktuellen Bedarf hinaus vor allem bei Betrieben in Tätigkeitsfeldern, in denen eine positive Beschäftigungsentwicklung zu erwarten ist. Genannt werden u.a. Wirtschaftsdienstleistungen, Kredit- und Versicherungswesen und der Verkehrs- und Kommunikationsbereich. Außerdem sollten Betriebe, die qualitative Ausbildungsvoraussetzungen aufweisen, aber aufgrund ihrer eigenen Tradition und Kultur der Durchführung von Berufsausbildung ferngestanden haben, besonders angesprochen werden.

Schulische Ausbildungsgänge müssen ausgebaut und mit der Praxis beruflicher Arbeit - Lernort Betrieb - enger verbunden werden.

Was hilft Jugendlichen? - Sozialpolitische Aspekte

In diesem Abschnitt finden sich Empfehlungen, die auf die Förderung jener Jugendlichen abstellen, die Bildungsbenachteiligungen erfahren haben oder erfahren. Ausbildungsförderung, die bereits anerkannte Qualifikationen vermittelt, Maßnahmen zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen, das Angebot einer „zweiten Chance“ und die Bedeutung von Jugendberufshilfebetrieben stehen im Zentrum dieses Abschnittes.

Im Zusammenhang dieses Abschnitts wird auf die besondere Problematik ausländischer Jugendlicher hingewiesen: Die berufliche Bildung ausländischer Jugendlicher ist für ihre Integration in den Arbeitsmarkt dringend erforderlich; sie leistet einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration junger Ausländer. Dabei spielen Sprachkompetenzen eine wichtige Rolle.

Wer tut was? - Ausbildungspolitik vor Ort

Die in diesem Abschnitt formulierten Empfehlungen gehen davon aus, daß auf die Verringerung der Ausbildungslosigkeit von Jugendlichen durch lokale Initiativen und koordinierte Aktivitäten vor Ort wirksam hingewirkt werden kann. Hierzu heißt es im Begründungstext u.a.: „Die Folgen von Ausbildungsplatzmangel und Arbeitslosigkeit wirken sich unmittelbar auf die lokale Ebene aus. Daher ist auch die lokale Ebene zentraler Ansatzpunkt aller Maßnahmen. Die Kommunen haben mit Unterstützung der Arbeitsverwaltung bereits vielfältige Formen der lokalen Beschäftigungsförderung praktiziert und in diesem Zusammenhang auch die Berufsbildung gefördert. Dies allein reicht jedoch nicht mehr aus. Notwendig ist eine eigenständige, kommunale Ausbildungspolitik und eine kommunale Verantwortung für die Koordinierung aller Maßnahmen vor Ort.“

Worin sich die aktuelle Ausbildungs-Krise von ihren Vorläufern unterscheidet

Das deutsche „Duale System der Berufsbildung“ kennt in seiner Nachkriegsgeschichte immer wieder für bestimmte Phasen das Problem, daß das

5 Bellmann, L./Dietrich, H., *Ausbildungsverhalten der bundesdeutschen Betriebe 1992-1997*. Befunde aus den Geschäftsstatistiken der Bundesanstalt für Arbeit und dem IAB-Betriebspanel. Expertise für das Forum Jugend, Bildung, Arbeit, Nürnberg 1998.

Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen - zum Teil erheblich - hinter der Nachfrage von Jugendlichen für Berufsausbildung zurückbleibt. Für die erste Krise dieser Art im Nachkriegsdeutschland prägte Schelsky den Begriff von der „Berufsnot“ der Jugendlichen⁶. In der Ausbildungsmarktkrise Anfang der achtziger Jahre gelang - man erinnere sich an die „Ausbildungsgarantie“ Bundeskanzler Kohls - eine beispiellose Mobilisierung zusätzlicher Ausbildungsplätze. Wurden im Jahr 1974 rund 450.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen, so 1984 mehr als 700.000.

Es gibt allerdings nach Auffassung der Mitglieder des „Forum“ wichtige Gründe für die Annahme, daß Mobilisierungen von Ausbildungsplätze solcher oder auch kleinerer Dimensionen im betrieblichen Ausbildungssegment diesmal nicht möglich sein werden. Es handelt sich nämlich - soweit man erkennen kann - nicht um eine allein konjunkturell oder demografisch bedingte, sondern um eine strukturelle Krise. *Strukturell* deswegen, weil sich offenkundig die Nachfrage von Betrieben nach jenen Qualifikationen, die im „Dualen System“ ausgebildet werden, und auch ihr Personalrekrutierungsverhalten verändert haben. Ein Indiz hierfür ist es, daß es gerade die in der Vergangenheit ausbildungs-innovativen und -starken Großbetriebe und Verwaltungen sind, die in den letzten Jahren in erheblichem Umfang ihr Ausbildungsplatzangebot abgebaut haben.

Im Begründungstext des „Forum“ wird zum einen darauf verwiesen, daß viele Unternehmen auf die Verschärfung des internationalen Wettbewerbs mit einer Umorientierung ihrer strategischen Optionen von langfristiger Bestandssicherung auf kurzfristige Kosten- und Gewinnvorteile reagieren. Dieses führt dazu, daß Ausbildung verschärft unter Kostengesichtspunkten betrachtet wird, und dies umso mehr, als in vielen Betrieben Unsicherheit über den mittelfristig zu erwartenden Personalbedarf herrscht.

Als weitere Ursache kommt hinzu, daß sich der Charakter der Arbeitsprozesse verändert hat oder in Veränderung begriffen ist. Hierzu das „Forum“: „Diese (Veränderungen, d. Verf.) sind durch vier Merkmale gekennzeichnet: Erstens durch eine Abnahme unmittelbar gegenstandsbezogener Arbeitsprozesse, zweitens durch die informationstechnisch bedingte Beschleunigung aller Arbeits- und Innovationsprozesse und viertens durch die Individualisierung der Arbeitsverhältnisse bei gleichzeitiger verstärkter Kommunikation und Kooperation.“ Unabhängig davon, wie groß das Segment dieser Arbeitsplätze künftig sein wird, ändert sich gewissermaßen das „berufliche Leitbild“. Dies macht sicherlich eine Modernisierung der Ausbildungsgänge in inhaltlicher und methodisch-didaktischer Hinsicht erforderlich. Offenkundig ist gleichzeitig, daß anders als in der „Dualen Ausbildung“ Qualifizierte - z.B. Fachhochschul- oder Hochschulabgänger - aus der Sicht von Unternehmen für bestimmte Arbeitsplätze - nach einer kürzeren Trainee-Zeit - immer attraktiver werden. Aus dem betrieblichen Segment allein wird die Nachfrage

6 Schelsky, Helmut u.a. (Hrsg), Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend, 2 Bde, Köln 1952.

nach Ausbildung auf Dauer also nicht gedeckt werden können; wobei im Sinne alternierenden Lernens der Lernort Betrieb seine besondere Bedeutung behalten muß.

Strukturelle Probleme erledigen sich nicht durch demografische Entwicklungen

Die genannten strukturellen Gründe und die Notwendigkeit, qualitativ hochwertige und zukunftssträchtige Ausbildung *für alle* zu sichern, bedeuten gleichzeitig, daß die stillschweigende Hoffnung, mit dem Absinken der Schulabgängerzahlen nach 2005 würden sich die wichtigsten Probleme im Ausbildungssystem gleichsam „erledigen“, eine problematische Illusion ist. Genauso problematisch ist eine aus dieser Einschätzung einer temporären Problemlage abgeleitete Politik der Appelle und Ersatzangebote. Es ist höchste Zeit, die Berufsausbildung in Deutschland umfassend zu modernisieren. Die „Empfehlungen“ des „Forum“ sind zwar so angelegt, daß ihre Umsetzung auch kurzfristig zu einer „Entspannung“ führt; alle „Empfehlungen“ enthalten aber jene qualitative Dimension, die sie auch als Bausteine der erforderlichen umfassenden Modernisierung nutzbar werden lassen.